

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Dr. Helmut Haussmann, Ullrich Irmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F. D. P.  
– Drucksachen 14/3424, 14/4026 –**

### **Ostsee-Politik der Bundesregierung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Ende des Ost-West-Konfliktes hat sich die politische Geografie im Ostseeraum grundlegend gewandelt. In wenigen Jahren werden ca. 95 % der Küstenlinie der Ostsee zur Europäischen Union gehören. Damit wird die Ostsee praktisch zum EU-Binnenmeer. In den unmittelbar an die Ostsee angrenzenden Gebieten leben über 50 Millionen Menschen. Sie erwirtschaften mehr als ein Viertel der Wirtschaftskraft Europas und etwa ein Drittel aller europäischen Exporte. Deutschland ist wie kaum ein anderer Anrainerstaat von den Entwicklungen im Ostseeraum unmittelbar betroffen. Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region durch multilaterale Zusammenarbeit, durch Abbau des Ost-West-Wohlstandsgefälles, durch die Heranführung Polens und der baltischen Staaten an die Europäische Union, durch die Öffnung des Nordatlantischen Bündnisses und durch die Einbeziehung der Russischen Föderation als regionales Machtzentrum von besonderem Gewicht liegen daher im vorrangigen deutschen außenpolitischen Interesse.

Die Wahrnehmung dieses Interesses kann nur auf Grundlage effizienter und belastbarer regionaler Kooperationsinstrumente erfolgen. Die nunmehr seit 10 Jahren unternommenen Bemühungen um engere Ostseekooperation haben zu einem kaum noch übersehbaren Geflecht von Gremien und Organisationen

auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geführt. Hierzu gehörten auf politischer Ebene der Ostseerat, die Konferenz der Subregionen, die Union der Ostseestädte und die jährliche Konferenz der Parlamentarier der Ostseeanrainer sowie auf der Nichtregierungssebene ein dichtes Netzwerk von Initiativen von dem Verbund der Ostsee-Handelskammern über diverse Wissenschaftsabkommen bis hin zu Hafenkooperationsprojekten und der „Social Hansa“. Schließlich gibt es eine unübersehbar gewordene Vielfalt von multilateralen, grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten wie die Kulturinitiative „Ars-Baltica“, regionale Datenautobahnen, Umweltprojekte und Schüleraustausch.

Die renommierte britische Wochenzeitschrift „The Economist“ hat diese Form des multilateralen Aktivismus als „Papierberg und viel heiße Luft“ bezeichnet, der oft nur auf das Profilierungsbedürfnis der Initiatoren zurückzuführen sei.

Vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2001 hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Ostseerat. Der im März 1992 auf eine deutsch-dänische Initiative hin erstmals zusammengetretene Ostseerat ist das einzige politische Gremium, in dem alle Ostseeanrainerstaaten sowie Norwegen, Island und die Europäische Union zusammengeschlossen sind. Sein Ziel ist, die Kooperation und die Koordinierung der Aktivitäten der Ostseeanrainer zu fördern, die Ostseeregion in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu stärken und die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den östlichen Anrainerstaaten zu unterstützen.

Auch 8 Jahre nach seiner Gründung ist der Ostseerat trotz aller Bemühungen jedoch immer noch weit davon entfernt, seine Koordinierungsrolle effektiv wahrzunehmen. Mit dem Vorsitz im Ostseerat hat die Bundesregierung jetzt die Gelegenheit, den Ostseerat seinem Ziel einer effizienten Koordinierung der bestehenden Kooperationsformen ein Stück näher zu bringen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ihren Vorsitz im Ostseerat zu nutzen, um vorhandene Strukturen der Zusammenarbeit im Ostseeraum besser zu koordinieren und damit zu einem höheren Maß an Kohärenz in der europäischen Ostseepolitik beizutragen;
2. im Rahmen ihres Ostseeratsvorsitzes eine Initiative zur Stärkung der Rolle des Ostseerates bei der Zusammenführung der diversen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperationsaktivitäten im Ostseeraum zu ergreifen;
3. dabei auch die Frage der Beteiligung von Drittstaaten an der Ostsee-Kooperation bzw. die Erweiterung des Mitgliederkreises zu prüfen;
4. in diesem Zusammenhang insbesondere Maßnahmen zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern im Bereich Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen sowie bei der Integration der Energiemärkte zu ergreifen;
5. in diesem Zusammenhang ein Höchstmaß an Kohärenz zwischen den Aktivitäten der Europäischen Union und des Ostseerates herzustellen;
6. dabei insbesondere zu prüfen, inwieweit eine Vereinheitlichung der Vorsitzzyklen in der Europäischen Union und im Ostseerat ein nützlicher Beitrag zur Herstellung von mehr Kohärenz sein könnte;
7. konkrete Schritte zur weiteren Umsetzung der im Zweiten Ostseerat 1998 in Riga verabredeten Zusammenarbeit vor allem in folgenden Bereichen einzuleiten:
  - die aktive Beteiligung des Ostseerates an der Vorbereitungsstrategie im Rahmen der EU-Erweiterung,

- die aktive Einbeziehung Russlands in die Ostseekooperation,
  - den Abbau von Handelshemmnissen sowie
  - praktische Maßnahmen zu Umweltschutz, beim Jugendaustausch und im Bereich der Hochschulen;
8. dafür Sorge zu tragen, dass die im Aktionsprogramm zur Agenda 21 und in den „Visionen und Strategie rund um die Ostsee“ definierten Umweltmaßnahmen im Rahmen des deutschen Ostseeratsvorsitzes zügig umgesetzt werden;
  9. in diesem Zusammenhang insbesondere eine Initiative der Ostseeanrainerstaaten zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung und zur Verbesserung des Küstenschutzes zu ergreifen;
  10. im Rahmen der Straffung der Ostseekooperation das vorhandene Netzwerk der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen unter dem Dach des Ostseerates zusammenzuführen;
  11. für eine baldige Umsetzung der beim letzten Ostseeratsgipfel im dänischen Kolding beschlossenen näheren Anbindung des Ostseerates an das Programm der „Nördlichen Dimension“ der EU, die u. a. eine intensivere regionale Zusammenarbeit mit Russland vorsieht, einzutreten;
  12. gegenüber den EU-Partnern und der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft auf einen Ausbau und eine Vertiefung der EU-Russland-Strategie hinzuwirken, die kurzfristig auf eine rasche Lösung der im Zuge der EU-Osterweiterung auftretenden Probleme für die Region Kaliningrad/Königsberg abzielt und mittelfristig eine Anbindung der Exklave an europäische Strukturen mit dem Ziel eines gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes anstrebt;
  13. sich in diesem Rahmen für eine zügige Implementierung des Aktionsplans der „Nördlichen Dimension“ der Europäischen Union einzusetzen;
  14. dabei Projekten der „Nördlichen Dimension“ zur Förderung der „positiven Interdependenz zwischen der Union, Russland und dem Ostseeraum“ Vorrang einzuräumen. Hierzu gehören Programme zur technischen Hilfe bei der Zusammenarbeit im Zollwesen ebenso wie die Verwaltungsschulung und die Kooperation im Kampf gegen das organisierte Verbrechen;
  15. im Zusammenhang mit den Ostseerats-Gesprächen über die Etablierung einer Freihandelszone im nordwestlichen Ostseeraum einschließlich der Exklave Kaliningrad auf eine baldige Verbesserung der teilweise von den Betroffenen als schikanös empfundenen Grenzabfertigungen zu drängen;
  16. die EU-Kommission in diesem Zusammenhang zu einer Prüfung aufzufordern, inwieweit der Aktionsplan der „Nördlichen Dimension“ durch die russisch-litauische „Nedden-Initiative“ ergänzt werden könnte, mit der beide Länder eine weitgefächerte Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, Energie, Transport, Umwelt, Kriminalitätsbekämpfung, Grenzsicherung und Kulturaustausch vereinbart haben;
  17. komplementär zu diesem Aktionsplan während des bis zum 1. Juli 2001 fortdauernden deutschen Vorsitzes im Ostseerat eine deutsche Initiative zur Einbindung der Region Kaliningrad/Königsberg in die regionale Kooperation und Entwicklung im Ostseeraum zu ergreifen und sie anlässlich der vom 21. bis 23. März 2001 in Kaliningrad geplanten Baltic Sea States Sub-regional Conference einzubringen;
  18. in diesem Rahmen noch vor dem EU-Beitritt Polens und Litauens auf die Etablierung eines regionalen Grenzregimes hinzuwirken, das sowohl den Anforderungen des Vertrages von Schengen zur wirksamen Sicherung der

EU-Außengrenzen als auch dem Erfordernis eines erleichterten regionalen Grenzverkehrs und Handels gerecht wird;

19. gegenüber der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft darauf zu drängen, das von der EU-Kommission vorgelegte Diskussionspapier über derartige flexible Grenzregelungen, z. B. die Einführung einer „leichten Visazone“ oder vereinfachte Verfahren für die Ausstellung von Sichtvermerken im so genannten Kleinen Grenzverkehr, möglichst zügig zu beraten und zu implementieren.

Berlin, den 6. Februar 2001

**Dr. Helmut Haussmann**  
**Ulrich Irmer**  
**Jürgen Koppelin**  
**Hildebrecht Braun (Augsburg)**  
**Rainer Brüderle**  
**Ernst Burgbacher**  
**Jörg van Essen**  
**Paul K. Friedhoff**  
**Horst Friedrich (Bayreuth)**  
**Rainer Funke**  
**Hans-Michael Goldmann**  
**Joachim Günther (Plauen)**  
**Dr. Karlheinz Gutmacher**  
**Klaus Haupt**  
**Ulrich Heinrich**  
**Walter Hirche**  
**Birgit Homburger**  
**Dr. Werner Hoyer**  
**Dr. Heinrich L. Kolb**  
**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
**Dirk Niebel**  
**Günther Friedrich Nolting**  
**Detlef Parr**  
**Cornelia Pieper**  
**Dr. Günter Rexrodt**  
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**  
**Dr. Irmgard Schwaetzer**  
**Dr. Hermann Otto Solms**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**